

OVZ-Online – Ausgabe 14.02.2014

SPD will neue Stelle verhindern

Streit um Regionalbudget geht weiter

Altenburg. Um die Thüringer Drei-Jahres-Sonderförderung für den Landkreis in Höhe von 900 000 Euro gibt es wieder Streit. Auslöser ist die Ankündigung von Landrätin Michaela Sojka (Linke), für die Steuerung der Projekte dieses Regionalbudgets eine neue Stelle im Landratsamt zu schaffen und sie dann aus den Jahresraten des Budgets zu bezuschussen (OVZ berichtete). SPD-Kreisvorsitzender Dirk Schwerd nahm dies zum Anlass, der Landrätin einen Sieben-Punkte-Fragenkatalog zuzuleiten. In dieser Woche nutzte Sojka den Kreisausschuss, um Schwerds Schreiben zunächst mündlich zu beantworten.

Die Landrätin bestätigte die Schaffung einer neuen Stelle, die freilich vom Kreistag im Zuge der Verabschiedung des Haushaltes erst bestätigt werden muss und nach einer internen Ausschreibung im Landratsamt vergeben werden soll. Angelegt ist sie für drei Jahre. Das Gehalt soll mit jährlich 30 000 Euro aus dem Regionalbudget bezuschusst werden. Die Stelle des betreffenden Mitarbeiters aus der Kreisbehörde wird danach frei und deswegen ebenso neu vergeben.

Ausdrücklich und mehrfach verneinte Sojka, dass man die fachliche Begleitung der Projekte mit dem Personal aus der Wirtschaftsförderung gewährleisten könne. Sie wolle in Zukunft Fehler und Unregelmäßigkeiten, wie beim Weg zum Haselbacher See oder der Dampfkessel-Sanierung der Kohlebahn, vermeiden, sagte sie. Das Personal der Wirtschaftsförderung habe nicht die Ausbildung, um solche Fehler tatsächlich ausschließen zu können. Dies gelte ebenso für die in der Projektsteuerung nötigen Kenntnisse im Vertragsrecht. Auch zeitlich seien die Aufgaben mit den vorhandenen 2,5 Stellen nicht zu leisten. Sojka erinnerte daran, dass genau wegen dieser Zwänge von 2011 bis 2013 die Wirtschaftsfördergesellschaft Ostthüringen das Regionalbudget managte.

In der SPD regt sich jedoch Widerstand, für diese Projektsteuerung eine neue Stelle zu schaffen. Kreistagsmitglied Volker Schemmel meldete im Disput mit Sojka erhebliche Zweifel an, dass diese Arbeit die Wirtschaftsförderung nicht selbst leisten könne. Schließlich gehe es bei den jährlich zu vergebenden 300 000 Euro um einen vergleichsweise überschaubaren Betrag, mit dem nur etwa fünf bis sechs Projekte bezahlt werden könnten. Jene 30 000 Euro, mit der das Gehalt des neuen Mitarbeiters bezuschusst werden sollen, könnten für weitere Vorhaben ausgegeben werden. Schemmel forderte die Landrätin auf, in ihrer schriftlichen Antwort auf die SPD-Anfragen nachvollziehbar zu begründen, warum das vorhandene Personal für die Steuerung nicht ausreicht. "Ein Nein ist keine Antwort für mich", sagte er. Dies wiederum trieb Frank Tempel auf die Palme, der der SPD ein "Hü und Hot" vorwarf. Der Kreistagsfraktionschef der Linken erinnerte an den Einsatz auch der Sozialdemokraten dafür, die Projekt-Steuerung unbedingt extern zu vergeben, am besten bei der Wirtschaftsfördergesellschaft zu belassen und dafür weiterhin 90 000 Euro zu bezahlen. Nun wiederum meinten die Kritiker, dass das Landratsamt diese Aufgabe so ganz nebenbei leisten könne, dem man es zuvor nicht zugetraut habe. Diese Logik, sagte Tempel, "verstehe ich nicht." Jens Rosenkranz